

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben immer darauf hingewiesen, daß ihre sozialpolitischen Forderungen auf das engste mit der Gestaltung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik und mit dem Gesamtaufbau der Gütererzeugung und Güterverteilung zusammenhängen. Wir haben deshalb stets für die Arbeitnehmerschaft das Mitbestimmungsrecht auf allen Gebieten der Wirtschaftsgestaltung beansprucht und dementsprechend programmatische Forderungen für die Wirtschaftspolitik erhoben. Obgleich also unsere wesentlichen Forderungen der Öffentlichkeit nicht unbekannt sind, nehmen wir die vom Reichsverband der deutschen Industrie kürzlich veröffentlichte programmatische Denkschrift „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ zum Anlaß, unsere Stellung zu den brennenden wirtschaftspolitischen Gegenwartsfragen zusammenfassend darzulegen.

Solange noch die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung besteht, wird es stets wirtschaftliche Klassen geben, die um die relative Größe ihrer Anteile am Ertrag der Arbeit gegeneinander kämpfen werden. Wir halten diese Kämpfe für unvermeidlich, weil irgendeine angeblich neutrale wissenschaftliche Verständigung in dieser Frage nicht gegeben ist.

Aber unbeschadet dieser Erkenntnis glauben auch wir, daß für die Lösung einzelner Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik die gemeinsame Arbeit aller Kreise erstrebenswert ist zum Zwecke der Überwindung der gegenwärtigen Krise und der Entfaltung der produktiven Kräfte der deutschen Wirtschaft. In diesem Sinne unterbreiten wir unsere Forderungen allen für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik verantwortlichen Stellen in der Überzeugung, Wege zu weisen, auf denen die Gesundung der deutschen Wirtschaft beschleunigt und gefördert werden kann.

Berlin, im Februar 1926.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.